

2010

Philips Pensionskasse (VVG)

PHILIPS

Geschäftsbericht 2010

Lübeckertordamm 1 - 3, 20099 Hamburg

Geschäftsbericht 2010

Inhalt

	<u>Seite</u>
Lagebericht _____	2
Bilanz _____	9
Gewinn- und Verlustrechnung _____	11
Anhang _____	12
Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden _____	12
Erläuterungen zur Bilanz _____	13
Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung _____	15
Sonstige Angaben _____	16
Aufsichtsrat und Vorstand _____	16
Bericht des Aufsichtsrates _____	17
Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers _____	18
Bewegung des Bestandes an Pensionsversicherungen _____	19
Entwicklung der Aktivposten _____	20

Lagebericht

Der Jahresabschluss und der Lagebericht wurden entsprechend den Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB), des Versicherungsaufsichtsgesetzes (VAG) und der Verordnung über die Rechnungslegung von Versicherungsunternehmen (RechVersV) aufgestellt.

Rechtliches

Die Philips Pensionskasse (VVG) - im folgenden "Pensionskasse" genannt - ist ein "kleinerer Versicherungsverein" im Sinne des § 53 VAG und gilt mit Genehmigung der Aufsichtsbehörde vom 3. November 2005 und in Anwendung von § 118 b Abs. 3 VAG als regulierte Pensionskasse. Sie ist gemäß § 5 Abs. 1 Ziff. 3 in Verbindung mit § 6 des Körperschaftsteuergesetzes steuerbefreit.

Die Pensionskasse nimmt satzungsgemäß Personen von Unternehmen, die von der Philips Deutschland GmbH als an der Philips Pensionskasse beteiligte deutsche Philips Unternehmen bestimmt sind, als Mitglieder auf und bietet ihnen Versicherungsleistungen in Form von Altersrenten einschließlich Invaliden- und Hinterbliebenenrenten an.

Wenn ein Unternehmen seine Eigenschaft als beteiligtes deutsches Philips Unternehmen verliert, kann es mit der Kasse vereinbaren, dass es für die Mitglieder der Kasse, die zum Zeitpunkt des Verlustes der Eigenschaft als beteiligtes deutsches Philips Unternehmen in einem Arbeiter- oder Angestelltenverhältnis zu ihm stehen, weiterhin die Pflichten eines beteiligten Unternehmens übernimmt.

Die zuletzt geänderte Satzung trat nach Genehmigung durch die Aufsichtsbehörde vom 1. März 2010 in Kraft. Die satzungsgemäß jährlich einmal in der ersten Hälfte eines jeden Jahres vorgeschriebene ordentliche Vertreterversammlung hat am 4. Mai 2010 in Hamburg stattgefunden.

Auf Anforderung der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) hat die Pensionskasse einen neuen Versicherungstarif (Tarif 2009 AB) eingeführt. Dieser ist für die ausgleichsberechtigten Personen aufgrund des Versorgungsausgleichs-Gesetzes (VersAusglG) vorgesehen.

Auf Basis eines Funktionsausgliederungs- und Dienstleistungsvertrages vom 23. März 2009 hat die Philips Pensionskasse (VVG) zum 1. April 2009 die Bestandsverwaltung, die Leistungsbearbeitung, das Rechnungswesen, die Vermögensanlage und die Vermögensverwaltung (§ 5 Abs. 3 Nr. 4 VAG) sowie das Controlling, das Risikomanagement und das aufsichtsrechtliche Berichtswesen auf die Philips Pensions-Service eG übertragen.

Mit Schreiben vom 26. März 2009 hat die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht dem Funktionsausgliederungs- und Dienstleistungsvertrag zugestimmt.

Gemäß Betriebsübertragungsvertrag vom 25. März 2009 wurde der Betrieb der Philips Pensionskasse (VVG) mit Wirkung zum 1. April 2009 auf die Philips Pensions-Service eG übertragen. Die Arbeitsverhältnisse der Arbeitnehmer der Philips Pensionskasse (VVG) sind gemäß § 613 a BGB auf die Philips Pensions-Service eG übergegangen.

Die Pensionskasse ist Mitglied der aba Arbeitsgemeinschaft für betriebliche Altersversorgung e. V., Heidelberg sowie des Verbandes der Firmenpensionskassen e. V., Berlin.

Geschäftsverlauf

1. Bestandsentwicklung

Am Ende des Geschäftsjahres hatte die Pensionskasse 12.609 aktive Mitglieder (Vorjahr 12.771), 8.382 rentenbeziehende Mitglieder (Vorjahr 8.268) sowie 2.257 rentenbeziehende Witwen, Witwer und Waisen (Vorjahr 2.208). Einzelheiten über die Bewegungen des Bestandes an Pensions-Versicherungen vermittelt die entsprechende Anlage zum Lagebericht.

Die Beitragseinnahmen betrugen Mio. € 13,4 und sanken damit unter das Niveau des Vorjahres.

Die Rentenzahlungen des Jahres 2010 von Mio. € 32,4 lagen um Mio. € 0,8 und damit 2,5 % über denen des Vorjahres, was im Wesentlichen auf die weitere Zunahme der Anzahl der Rentner zurückzuführen ist.

2. Kapitalanlagen

Auf Grund der im vergangenen Jahr historisch niedrigen Renditen für deutsche Staatsanleihen und Pfandbriefe fanden in der Direktanlage in festverzinslichen Wertpapieren nur vereinzelt kleinere Umsätze statt. Sollten die Verzinsungen in Zukunft wieder merklich ansteigen, wird der geplante Ausbau der Direktanlage zu Lasten der Fondsanlagen wieder aufgenommen werden.

Als Vorgriff auf die Änderung des § 341 c HGB zum 1.1.2011, d. h. dem Wegfall der Nennwertbilanzierung für Schuldscheindarlehen, wurden bereits in 2010 alle Schuldscheindarlehen dem Anlagevermögen zugeführt, wodurch die Möglichkeiten des § 341 b HGB jetzt auch für diese Wertpapierart genutzt werden können.

Im Bereich der direkt gehaltenen Immobilien konnte Ende des letzten Jahres ein Wohngebäude in Hamburg fertig gestellt und in den Bestand übernommen werden. Auch im laufenden Geschäftsjahr sind weitere Neubauprojekte primär im Großraum Hamburg geplant.

Nach längeren Bemühungen ist es gelungen, ein Gewerbeobjekt in Bonn, welches seit langem einen größeren Leerstand aufwies, zu veräußern.

Die Anlageklasse Immobilien wurde des weiteren durch den Erwerb von Anteilen an einem Publikumsfonds für die Anlageregion "Nordic", d. h. Norddeutschland, Skandinavien und das Baltikum sowie die Beteiligung an einem Immobilienspezialfonds für deutsche Wohnobjekte ausgebaut und in sich breiter gestreut. Durch diese Neuanlagen soll der Ergebnisbeitrag aus Immobilien verstetigt und insgesamt erhöht werden.

Für den geplanten strategischen Aufbau der Anlagen in Erneuerbare Energien wurde zusammen mit anderen institutionellen Anlegern in 2010 eine zusätzliche Beteiligung eingegangen, welche zu mindestens 60 % in Windanlagen primär in Deutschland und maximal 40 % in Photovoltaikanlagen vor allem in Deutschland, Italien und Frankreich investieren wird. Eine Beimischung von Solarthermieanlagen ist denkbar.

Bei der bestehenden ersten Beteiligung für Solarparkanlagen in Deutschland und Südeuropa wurden im vergangenen Jahr weitere Mittel abgerufen, so dass hier in Kürze mit einem Vollinvestment zu rechnen ist.

Für die Anlagethemen Wind, Wasser, Holz sowie Infrastruktur werden weiterhin Investmentmöglichkeiten gesucht.

Zur breiteren Diversifikation der Gesamtanlagen und damit zur effizienteren Risikostreuung wurden im letzten Jahr erstmalig und in begrenztem Umfang Anteile von Publikumsfonds erworben, die in die Themen "Währung" und "Volatilität" (Schwankungsbreite von Kapitalmärkten) investieren. Mit beiden Anlageklassen ließen sich in der Vergangenheit stabile Erträge oberhalb des Geldmarktes erzielen. Zudem wiesen die Anlagethemen eine negative Korrelation zu den traditionellen Anlagearten auf.

Insbesondere vor dem Hintergrund der historisch niedrigen Renditen im Bereich der "sicheren" deutschen festverzinslichen Wertpapiere sind diese zwei neuen Anlageklassen geeignet, dazu beizutragen, mit den Gesamtanlagen mindestens die erforderlichen Garantieverzinsungen der Pensionskasse dauerhaft zu realisieren.

Um die vorgenannten Umsätze in der Direktanlage zu finanzieren, wurden im abgelaufenen Geschäftsjahr u. a. Anteile am Wertpapier-Master-Fonds (Bündelung aller Wertpapier-Spezialfondsmandate) veräußert. Die erforderliche Liquidität wurde durch die Kündigung und Auflösung von zwei Aktienmandaten, die gemäß einem "Absolute-Return-Ansatz" investierten, dargestellt. Zwar wurden die beiden Aktienmandate erst Anfang 2009 neu vergeben, allerdings war die erzielte Wertentwicklung gegenüber dem vorgegebenen Vergleichsmaßstab dauerhaft zu niedrig, so dass sich die Pensionskasse gezwungen sah, diese beiden Mandate wieder kündigen zu müssen.

Des Weiteren wurden innerhalb des Hauptfonds die Mandate für Staatsanleihen der Eurozone auf Grund der Krise in den südeuropäischen Staaten sowie Irlands reduziert und dafür die globalen Mandate für Unternehmens-, Wandel- und Schwellenländeranleihen aufgestockt.

Zum weiteren Ausbau des Risikomanagements der Kapitalanlagen und damit des Gesamtrisikomanagements der Philips Pensionskasse wurde zu Beginn des Geschäftsjahres ein "Overlay-Management" des Wertpapier-Master-Fonds bzw. aller darin enthaltenen Submandate eingeführt.

Im Rahmen dieser übergeordneten Steuerung überwacht ein qualifizierter externer Dienstleister täglich die Einhaltung einer vorgegebenen Wertuntergrenze für den Gesamtfonds. Sollte als Folge von negativen Kapitalmarktentwicklungen eine Verletzung dieser Wertuntergrenze drohen, wird der externe Manager über entsprechende Kapitalmarktinstrumente sukzessive das Risiko im Fonds reduzieren und die Bestände absichern. Durch die beschriebene Overlay-Steuerung sollen mögliche Abschreibungen auf den Wertpapier-Master-Fonds vermieden werden. Da dieser Fonds derzeit rund 50% der Gesamtanlagen (Buchwerte) ausmacht, ist ein tägliches Risikomanagement hier unerlässlich.

Die Nettoverzinsung der Gesamtanlagen liegt für 2010 wirtschaftlich bei 4,74 % nach 4,18 % im Vorjahr. Nähere Ausführungen finden sich im Anhang.

3. Überschussbeteiligung und Jahresergebnis

Der Rückstellung für Beitragsrückerstattung ist auf Beschluss der Mitgliederversammlung vom 4. Mai 2010 für die Renten- und Anwartschaftserhöhung T€ 5.718 entnommen worden.

Als Folge einer erneuten außerordentlichen Verstärkung der Deckungsrückstellung um T€ 11.500 (vgl. Risikoverlauf) wurde nur eine geringe Zuführung zur Rückstellung für Beitragsrückerstattung in Höhe von T€ 77 vorgenommen, so dass diese Bilanzposition nach der o. a. Entnahme nun T€ 5.443 ausmacht.

Der im Berichtsjahr erwirtschaftete Jahresüberschuss in Höhe von T€ 1.113 wurde in die Gewinnrücklage - Verlustrücklage gem. § 37 VAG - eingestellt, so dass ein ausgeglichener Bilanzgewinn ausgewiesen wird.

Die Anwendung des im Rahmen der außerordentlichen Mitgliederversammlung am 4. Dezember 2007 beschlossenen eigenständigen Verfahrens zur Beteiligung an den stillen Reserven (§ 153 i. V. m. § 211 VVG) ergab zum 31.12.2010 keine zuteilbaren Bewertungsreserven.

4. Risikoverlauf

Die geschäftsplanmäßigen Sterbens- und Invalidisierungswahrscheinlichkeiten wurden zuletzt im Jahre 2005 angepasst. Jährlich wird überprüft, ob die geschäftsplanmäßigen Rechnungsgrundlagen ausreichende Sicherheiten enthalten.

Die für das Geschäftsjahr 2010 durchgeführten Risikountersuchungen zeigen, dass bei den laufenden Renten - mit Ausnahme der Witwen - sowohl nach der Anzahl als auch nach der Jahresrente eine deutliche Untersterblichkeit festzustellen war, die bei weiblichen Altersrentnern stärker als bei männlichen Altersrentnern ausgeprägt ist. Da die bei den Rentenempfängern insgesamt vorhandene Sicherheitsreserve (gemessen am Durchschnitt der letzten sechs Jahre) weiter abgenommen hat, wird eine erneute Anpassung der Sterbenswahrscheinlichkeiten für Rentner erforderlich sein. Um für die sich daraus ergebende Verstärkung der Deckungsrückstellung bereits jetzt finanzielle Vorsorge zu treffen, wird die geschäftsplanmäßige Deckungsrückstellung für Versicherungen nach AVB Tarif 1985 und AVB Tarif 2002 zum 31.12.2010 - vorbehaltlich der Genehmigung der entsprechenden Ergänzungen der Technischen Geschäftspläne vom 17.02.2011 durch die BaFin - pauschal um einen Betrag von insgesamt Mio. € 23,2 (Vorjahr Mio. € 11,7) erhöht.

Insgesamt ist, nach den vorläufigen Berechnungen des Aktuars, eine außerordentliche Zuführung von Mio. 27,3 € erforderlich. Unter Berücksichtigung der bereits erfolgten Zuführungen ergibt sich ein weiterer Auffüllungsbetrag von Mio. 4,1 €.

Für die Leistungsanwärter lagen die tatsächlichen Sterbefälle sowohl bei den männlichen als auch bei den weiblichen Mitgliedern im Durchschnitt der letzten sechs Jahre - bezogen auf die Anzahl wie auch auf die (versicherte) Jahresrente - auf unterrechnungsmäßigem Niveau, bei den weiblichen Mitgliedern sind dabei stärkere Schwankungen für die einzelnen Jahre festzustellen. Auch hinsichtlich der Invaliditätsfälle ist im Durchschnitt der letzten sechs Jahre ein unterrechnungsmäßiger Verlauf zu verzeichnen, der bei männlichen Mitgliedern stärker als bei weiblichen ausgeprägt ist. Die geschäftsplanmäßigen Rechnungsgrundlagen für die Anwartschaften zeigen weiter ausreichende Sicherheitsreserven.

5. Chancen / Risiken und zukünftige Entwicklung

In erster Linie aus den Beständen in Aktienanlagen und "Credit"-Produkten, d. h. Unternehmens- und Wandelanleihen, könnten sich bei einem Konjunkturunbruch oder im Falle erneuter Kreditkrisen größere Kurs- und Bonitätsrisiken für die Philips Pensionskasse ergeben. Sollte die Wachstumsdynamik in den Schwellenländern nachlassen, könnten zudem in dem Mandat für Staats- und Unternehmensanleihen aus diesen Ländern ebenfalls Kursrückschläge eintreten.

Da alle genannten Anlagearten, mit Ausnahme eines Bestandes an Unternehmensanleihen aus dem Euroraum in der Direktanlage, aber in dem Wertpapier-Master-Fonds gebündelt sind und dieser wiederum täglich von einem externen qualifizierten Dienstleister überwacht wird ("Overlay-Management"), sollten keine bestandsgefährdenden Risiken für die Pensionskasse entstehen können.

Zudem begegnet die Pensionskasse durch eine breite Streuung innerhalb der Emittenten aller Anleihen sowie einer zeitnahen Überwachung der schulderspezifischen Ratings möglichen Kreditrisiken. Grundsätzlich sind, von wenigen Ausnahmen in Fondsmandaten abgesehen, ausschließlich Qualitäten im „Investment Grade“-Bereich, also nur beste Bonitäten, für die Gesamtanlagen zulässig.

Der geplante strategische Aufbau von Beteiligungen für das Anlagethema Erneuerbare Energien birgt zwar die Risiken eines sehr langen Investitionszeitraums und einer geringen Fungibilität der Investments, dafür erfolgen aber in erster Linie nur solche Engagements, für die staatlich garantierte Einspeise- und Abnahmeverpflichtungen bestehen und sich somit gut planbare, stabile und ausreichend hohe jährliche Erträge erzielen lassen.

Ähnliches gilt auch für den vergleichsweise umfangreichen direkten und indirekten Immobilienbestand. Auch hier ist die kurzfristige Liquidierbarkeit in der Regel eingeschränkt. Im Gegenzug sollte die Anlageklasse aber stetige und vor allem inflationsgeschützte Erträge liefern, was in den Folgejahren aller Voraussicht nach einen großen Vorteil darstellen sollte.

Fremdwährungsrisiken in den Direktanlagen bestehen, bis auf die volumensmäßig eng begrenzten Anlagen in ausgewählten Währungsfonds, keine. In den extern vergebenen Rentenmandaten werden diese durch laufende Absicherungen stark vermindert, in den Aktienmandaten werden sie i. d. R. akzeptiert. Generell bestehen die Kapitalanlagen der Philips Pensionskasse zum überwiegenden Teil aus Investments in Euro.

Im Rahmen des internen Risikomanagements werden die Kapitalanlagen verschiedenen Stresstests unterzogen. Zum einen werden hierzu quartalsweise die Berechnungsmethoden und Szenarien verwendet, welche von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht vorgegeben sind. Zusätzlich lässt die Pensionskasse monatlich selbst festgelegte Stresstestszenarien von einem externen Dienstleister berechnen.

Mit Hilfe dieser Simulationsrechnungen wird laufend überprüft, ob die Deckungsrückstellung auch bei extrem negativen Kapitalmarktveränderungen durch ein ausreichendes Kapitalvermögen bedeckt ist.

Während des gesamten Jahres 2010 hat die Pensionskasse sämtliche internen und externen Stresstests jederzeit und uneingeschränkt bestanden.

Auch in anderen Teilbereichen des Risikomanagements der Kapitalanlagen arbeitet die Pensionskasse mit externen Partnern zusammen. U. a. erhält die Kasse monatliche Informationen zu wesentlichen Risiko-Kennzahlen zugestellt. Hierzu gehören Berechnungen über die maximal zu erwartenden Wertverluste der Anlagen innerhalb eines bestimmten Zeitraumes und mit einer bestimmten Eintrittswahrscheinlichkeit (Value-at-Risk-Daten) sowie die Berücksichtigung von Korrelationseffekten zwischen den Anlagearten. Die tägliche externe Überwachung einer Wertuntergrenze für den Master-Spezialfonds stellt einen zusätzlichen und zentralen Bereich der Zusammenarbeit mit qualifizierten Dienstleistern dar und steigert den Schutz der Substanz der Kapitalanlagen nachhaltig.

Die Ergebnisse der zuvor genannten Verfahren münden in einem internen Risikoberichtswesen, welches auf Basis von Ampelschaltungen zeitnah Hinweise auf eine ggfs. kritische Risikosituation in den Kapitalanlagen der Kasse gibt. Auf Grundlage dieser Risikoberichte werden bei Bedarf unmittelbare Entscheidungen getroffen und evtl. Anpassungen in der Asset Allokation vorgenommen.

Sämtliche intern eingesetzten Verfahren und Tools werden jährlich auf ihre Sinnhaftigkeit und Angemessenheit hin überprüft und ggf. angepasst oder erweitert.

Im vergangenen Geschäftsjahr wurden die Kapitalanlagetätigkeit der Pensionskasse insgesamt sowie im Besonderen die Organisation und die Prozesse des Bereichs Portfoliomanagement der Philips Pensions-Service eG einer Prüfung durch die Interne Revision (als Outsourcing-Partner durch eine namhafte Wirtschaftsprüfungsgesellschaft) unterzogen. Diese Prüfung erbrachte keine Kritikpunkte.

Die Pensionskasse verfügt über einen ausgewogenen Versicherungsbestand und vorsichtig dotierte Rückstellungen. Die Risiken des Versicherungsverlaufes werden jährlich durch den Verantwortlichen Aktuar überprüft.

Der auf Grund der aktuariellen Überprüfungen bzw. des gegebenen Risikoverlaufs (vgl. dortige Ausführungen) bestehende Bedarf für eine Verstärkung der Deckungsrückstellung führte nach 2008 (T€ 3.500) und 2009 (T€ 8.200) zu einer weiteren außerordentlichen Zuführung in Höhe von T€ 11.500 in 2010. Mit weiteren außerordentlichen Zuführungen als Folge der zunehmenden Längerlebigkeit der Mitglieder muss auch in den Folgejahren gerechnet werden; ein erster Bedarf von Mio. € 4,1 ist hierfür bereits bekannt.

Aus der Tatsache, dass allen Tarifen der Pensionskasse ein garantierter Rechnungszins zu Grunde liegt, der jährlich neu an den Kapitalmärkten erwirtschaftet werden muss, entstehen der Pensionskasse Zinsrisiken (Garantierisiko). Sollte das aktuelle historische Niedrigzinsumfeld in für die Pensionskasse wesentlichen Anlagearten, wie z. B. deutschen Staatsanleihen und Pfandbriefen, fortbestehen, könnte gegebenenfalls die dauerhafte Finanzierung dieser Mindestverzinsungen gefährdet sein.

Die Philips Pensionskasse begegnet diesem Risiko u. a. durch eine Verbreiterung der Asset Allokation der Gesamtanlagen in höher rentierliche Assetklassen. Dabei werden aber nur solche Anlagearten ausgebaut oder neu in das Portfolio aufgenommen, die einen stetigen und risikokontrollierten Mehrertrag versprechen.

Auf Grund dieser Zielsetzungen erfolgte in 2010 die erwähnte erstmalige Aufnahme von Publikumsfondsanteilen für die Anlagethemen "Volatilität" und "Währung" in die Gesamtanlagen sowie der Erwerb von Anteilen an Spezialfonds für deutsche Wohnimmobilien. Aus diesen Neuanlagen werden Verzinsungen erwartet, die beständig und stabil oberhalb der Garantieverzinsungen liegen sollten.

Der Umstand, dass in der Philips Pensionskasse die jährlichen Rentenleistungen die Beitragseinnahmen deutlich übersteigen, stellt ein Liquiditätsrisiko dar, welches in der regelmäßigen und vorausschauenden Liquiditätsplanung berücksichtigt wird sowie über möglichst hohe laufende Erträge aus den Kapitalanlagen abgedeckt werden soll.

Durch die schrittweise Erhöhung der Anlagen in festverzinslichen Wertpapieren, den fallweisen Zukauf von Immobilien, die Engagements in Beteiligungen für Erneuerbare Energien-Projekte und eine ausgeglichene Fälligkeitsstruktur der Rentenpapiere in der Direktanlage wird der Anforderung an eine im Zeitablauf ausreichend hohe und kontinuierliche Liquidität ebenfalls Rechnung getragen.

Die aufsichtsrechtlichen Solvabilitätsanforderungen werden von der Pensionskasse voll erfüllt. Eine Nutzung der Eigenmittel B ist dafür weiterhin nicht erforderlich.

6. Ausblick

Nach der positiven Kursentwicklung der Aktien- und Rohstoffmärkte, als Folge der überraschend schnellen Konjunkturerholung, sowie nach dem Rückgang der Renditen für deutsche festverzinsliche Wertpapiere auf historische Tiefstände, als Folge der Schuldenkrise in Teilen des Euroraums, haben diese Kapitalanlagearten Ende 2010 bereits sehr hohe Kursniveaus erreicht. Vor dem Hintergrund der nach wie vor ungelösten Eurolandkrise und der Gefahr möglicher Blasenbildungen in Teilen der Kapitalmärkte muss in 2011 daher jederzeit mit größeren Kursrückschlägen gerechnet werden. Generell sprechen aus Sicht der Pensionskasse aber die weiterhin guten Konjunktur- und Unternehmensnachrichten sowie die Erwartung an eine steigende Inflation für Investments in "Sachwerte", also Aktien, Rohstoffe und Immobilien.

Der mögliche Anstieg der Inflationsraten würde die Kurse der bestehenden Anlagen in Anleihen zwar belasten, eröffnet aber über die dann wieder höheren Renditen auch lukrative Möglichkeiten für Neuanlagen in deutschen Anleihen aller Art.

Auch zukünftig wird die Pensionskasse laufend neue Anlagealternativen, die ein ausgewogenes Chance-Risiko-Verhältnis aufweisen, prüfen und ggf. in das Portfolio aufnehmen, um insgesamt eine dauerhaft attraktive Gesamtverzinsung zu erwirtschaften.

Die breite Streuung der Kapitalanlagen der Philips Pensionskasse sowie das durch die Einführung des "Overlay-Managements" für den Wertpapier-Master-Fonds erheblich verbesserte Gesamtrisikomanagement sollten es möglich machen, auch im kommenden Geschäftsjahr eine angemessene Rendite erzielen zu können.

Für 2011 erwarten wir für die Pensionskasse daher eine positive Entwicklung in einem insgesamt schwankenden, aber freundlichen Kapitalmarktumfeld.

7. **Nachtragsbericht**

Nach dem Ende des Geschäftsjahres sind keine Ereignisse eingetreten, die eine besondere Bedeutung für die Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage der Pensionskasse haben.

Den Mitgliedervertretern, allen Mitarbeitern der Philips Pensions-Service eG und denen, die sich für die Belange der Pensionskasse und deren Mitglieder eingesetzt haben, sprechen wir unseren Dank aus.

Bilanz

zum 31.12.2010

Aktiva			Euro	Vorjahr T-Euro
A. Immaterielle Vermögensgegenstände	Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		30.246,16	121
B. Kapitalanlagen				
I.	Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschl. der Bauten auf fremden Grundstücken	67.961.993,92		
II.	Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen			
III.	Sonstige Kapitalanlagen			
1.	Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	490.771.446,08		
2.	Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	69.694.190,00		
3.	Sonstige Ausleihungen			
a)	Namensschuldverschreibungen	50.458.200,00		
b)	Schuldscheinforderungen und Darlehen	107.500.000,00		
4.	Andere Kapitalanlagen	<u>1.000,00</u>	804.286.211,92	785.720
C. Forderungen				
I.	Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an:			
1.	Versicherungsnehmer	144.081,08		
2.	Mitglieds- und Trägerunternehmen	<u>83.852,15</u>	227.933,23	250
II.	Sonstige Forderungen		792.698,75	933
D. Sonstige Vermögensgegenstände				
I.	Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand		1.169.783,48	1.506
II.	Andere Vermögensgegenstände		2.753.712,83	2.690
E. Rechnungsabgrenzungsposten				
I	Abgegrenzte Zinsen und Mieten		6.209.826,05	6.674
II	Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten		<u>14.333,34</u>	<u>32</u>
SUMME DER AKTIVA			<u>815.484.745,76</u>	<u>797.926</u>

Hamburg, 25. März 2011

Ich bestätige hiermit entsprechend § 73 VAG, dass die im Vermögensverzeichnis aufgeführten Vermögensanlagen den gesetzlichen und aufsichtsbehördlichen Anforderungen gemäß angelegt und vorschriftsmäßig sichergestellt sind.

- Der Treuhänder -

Dr. Til Bräutigam

Bilanz

zum 31.12.2010

Passiva		Euro	Vorjahr T-Euro
A. Eigenkapital			
Gewinnrücklagen			
Verlustrücklage gem. § 37 VAG	38.520.000,00	37.407	
B. Versicherungstechnische Rückstellungen			
I. Deckungsrückstellung	770.478.121,00	748.145	
II. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle	65.148,04	24	
III. Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung	5.442.655,69	11.084	
C. Andere Rückstellungen			
Sonstige Rückstellungen	142.740,87	294	
D. Andere Verbindlichkeiten			
I. Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft gegenüber Versicherungsnehmern	20.757,26	22	
II. Sonstige Verbindlichkeiten davon aus Steuern: € 32.211,91 (im Vorjahr: T€ 73) davon im Rahmen der sozialen Sicherheit € 37.358,98 (im Vorjahr T€ 61)	596.273,70	709	
E. Rechnungsabgrenzungsposten	219.049,20	241	
SUMME DER PASSIVA	<u>815.484.745,76</u>	<u>797.926</u>	

Hamburg, 25. März 2011

Es wird bestätigt, dass die Deckungsrückstellung nach dem zuletzt am 17.12.2010 genehmigten Geschäftsplan und der am 15.03.2011 genehmigten 4. Ergänzung berechnet worden ist.

- Der Verantwortliche Aktuar -

Dr. Horst-Günther Zimmermann

Gewinn- und Verlustrechnung

01.01. - 31.12.2010

		Euro	Vorjahr T-Euro
I.	Versicherungstechnische Rechnung		
1.	Verdiente Beiträge	13.355.107,07	13.953
2.	Beiträge aus der Rückstellung für Beitragsrückerstattung	5.479.354,23	54
3.	Erträge aus Kapitalanlagen		
a)	Erträge aus Beteiligungen	451.251,64	230
b)	Erträge aus anderen Kapitalanlagen		
aa)	Erträge aus Grundstücken, grundstücksgleichen Rechten und Bauten einschl. der Bauten auf fremden Grundstücken	8.547.467,72	
bb)	Erträge aus anderen Kapitalanlagen	<u>21.386.853,49</u>	35.918
c)	Erträge aus Zuschreibungen	84.900,75	0
d)	Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen	1.842.197,77	5.814
4.	Sonstige versicherungstechnische Erträge	638.937,40	664
5.	Aufwendungen für Versicherungsfälle		
a)	Zahlungen für Versicherungsfälle	32.395.831,68	31.572
b)	Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle	41.629,41	- 121
6.	Veränderung der übrigen versicherungstechnischen Rückstellungen Zuführung in die Deckungsrückstellung	22.333.396,00	13.555
7.	Aufwendungen für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung	77.247,06	43
8.	Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb		
a)	Abschlussaufwendungen	233.381,77	
b)	Verwaltungsaufwendungen	<u>537.934,78</u>	757
9.	Aufwendungen für Kapitalanlagen		
a)	Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen, Zinsaufwendungen und sonstige Aufwendungen für die Kapitalanlagen	3.913.341,51	
b)	Abschreibungen auf Kapitalanlagen	2.611.195,93	
c)	Verlust aus dem Abgang von Kapitalanlagen	<u>0,00</u>	9.371
10.	Versicherungstechnisches Ergebnis	-10.357.888,07	1.456
II.	Nichtversicherungstechnische Rechnung		
1.	Sonstige Erträge	27.392,44	33
2.	Sonstige Aufwendungen	192.967,62	151
3.	Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit	- 10.523.463,25	1.338
4.	Außerordentliche Erträge	11.899.949,96	0
5.	Sonstige Steuern	263.722,71	275
6.	Jahresüberschuss	1.112.764,00	1.064
7.	Einstellungen in Gewinnrücklagen in die Verlustrücklage gem. § 37 VAG	1.112.764,00	1.064
8.	Bilanzgewinn	<u><u>0,00</u></u>	<u><u>0</u></u>

A n h a n g

1. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Bei der Umsetzung des BilMoG (Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz) wurde gem. Artikel 67 Abs. 8 Satz 2 EGHGB auf die Anpassung der Vorjahreszahlen verzichtet. Der Umsetzungsstichtag für die neuen Bilanzierungsvorschriften war der 01.01.2010.

Die Bilanzierung der Immateriellen Vermögensgegenstände erfolgt zu Anschaffungskosten vermindert um planmäßige Abschreibungen.

Grundstücke und Bauten sind zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten bilanziert. Abschreibungen werden nach § 253 Abs. 3 HGB vorgenommen, wobei für die planmäßigen Abschreibungen die lineare Methode angewandt wird.

Die Bewertung der Aktien und Investmentanteile erfolgt nach dem strengen Niederstwertprinzip.

Inhaberschuldverschreibungen sind auf Basis des § 341 b Abs. 2 HGB mit einem Buchwert von insgesamt T€ 69.694 (Vorjahr 71.180) dem Anlagevermögen zugeordnet. Der korrespondierende Zeitwert beträgt T€ 69.115 (Vorjahr 75.119). Abschreibungen i. H. v. T€ 3.186 (Vorjahr 225) wurden aufgrund der nur vorübergehenden Wertminderungen nicht vorgenommen.

Zum Jahresende 2010 befinden sich zwei Staatsanleihen aus Irland und Portugal im direkt gehaltenen Rentenpapierbestand. Diese Anleihen wurde für Mio. € 9,6 erworben, der Marktwert zum Bilanzstichtag beträgt Mio. € 8,1. Die Pensionskasse führt die zwei genannten Anleihen im Anlagevermögen. Da man von einer regelmäßigen Bedienung der jährlichen Kuponzahlungen und einer vollständigen Rückzahlung der Anleihen zum Fälligkeitszeitpunkt ausgeht, wurde auf eine Abschreibung in Höhe von Mio. € 1,5 verzichtet. Insbesondere die Absicherung aller bis Ende 2013 fällig werdenden Emissionen der sogenannten „PIIGS“-Anleihen, das heißt auch solcher aus Irland und Portugal, durch den europäischen Finanzmarktstabilisierungsmechanismus (Euro-Rettungsschirm) unterstützt diese positive Einschätzung bezüglich der dauerhaften Bonität der Staaten. Zwar wurden in 2010 die Ratings für alle „PIIGS“-Schuldner teilweise deutlich gesenkt, woraufhin die Kurse der Anleihen dieser Schuldner merklich nachgegeben haben, allerdings wird seitens der Pensionskasse erwartet, dass diese Umstände nicht von Dauer sein sollten und die Gemeinschaft der Euro-Teilnehmerländer auch weiterhin alle kritischen Fälle unterstützen und für eine Stabilität des Wirtschaftsraumes und damit des Euros insgesamt Sorge tragen wird, auch nach 2013.

Die Bewertung der Beteiligungen erfolgt zu Anschaffungskosten.

Die unter „sonstige Ausleihungen“ ausgewiesenen Namensschuldverschreibungen sind zum Nominal- bzw. (sofern dieser niedriger ist) zum Anschaffungswert bilanziert. Die Bilanzierung der Schuldscheinforderungen und Darlehen erfolgt zu Anschaffungskosten gem. § 253 Abs. 3 HGB.

Die Bewertung der Position Andere Kapitalanlagen erfolgt zum Nennwert.

Forderungen sind mit Nominalwerten bilanziert. Dem Risiko des Forderungsausfalls wird mit Einzel- und Pauschalwertberichtigungen in angemessenem Umfang Rechnung getragen.

Die sonstigen Vermögensgegenstände und aktiven Rechnungsabgrenzungsposten werden zum Nominalwert ausgewiesen.

Die Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle wird für jeden Versicherungsfall, der bis zum Bilanzstichtag eingetreten ist, einzeln ermittelt.

Die Bewertung der Verbindlichkeiten und der sonstigen Rückstellungen erfolgt zum Erfüllungsbetrag. Die passiven Rechnungsabgrenzungsposten werden zum Nominalwert ausgewiesen.

2. Erläuterungen zur Bilanz

Die Bewegungen und Bilanzwerte der Kapitalanlagen (Grundstücke und sonstige Kapitalanlagen) sind aus der Übersicht „Entwicklung der Aktivposten“ zu ersehen.

Kapitalanlagen

Die Bewertung der Kapitalanlagen zeigt folgendes Bild:

	<u>Zeitwert</u> Mio. €	<u>Buchwert</u> Mio. €	<u>Saldo</u> Mio. €
Grundstücke und Bauten	106,0	68,0	38,0
Beteiligungen	17,9	17,9	0,0
Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	499,3	490,8	8,5
Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	69,1	69,7	- 0,6
Namenschuldverschreibungen	54,1	50,4	3,7
Schuldscheinforderungen und Darlehen	<u>111,6</u>	<u>107,5</u>	<u>4,1</u>
Summe	<u>858,0</u>	<u>804,3</u>	<u>53,7</u>

Der Zeitwert der Grundstücke und Bauten ist auf Basis vorliegender Wertgutachten aus den Jahren 2008 bis 2010 nach dem Ertragswertverfahren ermittelt und entspricht dem Marktwert gem. § 55 RechVersV.

Der Zeitwert der Beteiligungen entspricht dem Buchwert.

Die Kapitalanlagen umfassen vier Immobilienspezialfonds, einen Wertpapierspezialfonds, Anlagen in Wertpapier- und Immobilienpublikumsfonds sowie die Direktanlagen in festverzinslichen Wertpapieren.

Bei zwei Spezialfonds des Umlaufvermögens ist der Kapitalanteil der Pensionskasse größer als 10 % des jeweiligen Fondsvermögens:

1. Wertpapierspezialfonds (gemischter Aktien und Rentenfonds)

Marktwert: T€ 418.147
Buchwert: T€ 410.366

Die Ausschüttungen im Berichtsjahr betragen insgesamt T€ 9.084 (Vorjahr T€ 16.151). Abschreibungen gem. § 253 Abs. 4 HGB waren nicht erforderlich. Beschränkungen in der Möglichkeit der täglichen Rückgabe von Fondsanteilen bestehen nicht.

2. Immobilienspezialfonds

Marktwert: T€ 5.215
Buchwert: T€ 5.200

Im Berichtsjahr erfolgten keine Ausschüttungen. Abschreibungen gem. § 253 Abs. 4 HGB waren nicht erforderlich. Beschränkungen in der Möglichkeit der monatlichen Rückgabe von Fondsanteilen bestehen nicht.

Die Bewertung der sonstigen Ausleihungen erfolgt anhand der Euro-Swapkurve. Die Zeitwerte der übrigen Wertpapiere inkl. der liquiden Mittel entsprechen den Börsenkurswerten zum Bilanzstichtag gem. § 56 RechVersV. Der Buchwert der Inhaberschuldverschreibungen und anderer festverzinslicher Wertpapiere beträgt T€ 69.694 und ist vollständig dem Anlagevermögen zugeordnet (Vorjahr T€ 71.180).

Für die Position andere Kapitalanlagen entspricht der Zeitwert dem jeweiligen Buchwert.

Zuteilbare Bewertungsreserven für die Beteiligung der Versicherungsnehmer gem. § 153 VVG bestehen satzungsgemäß nicht.

Forderungen

Forderungen sind mit Nominalwerten bilanziert. Der Posten „Sonstige Forderungen“ beinhaltet im Wesentlichen Forderungen aus Mieten, noch nicht abgerechneten umlagefähigen Betriebskosten und einer Forderung gegenüber der Philips Pensions-Service eG.

Sonstige Vermögensgegenstände

Die anderen Vermögensgegenstände enthalten bereits im Geschäftsjahr 2010 gezahlte Renten für Januar 2011.

Rechnungsabgrenzungsposten

Dieser Posten weist fast ausschließlich noch nicht fällige Zinsen das Geschäftsjahr 2010 betreffend aus.

Gewinnrücklage

In die Verlustrücklage gem. § 37 VAG wurden € 1.112.764,00 eingestellt. Damit wird der Satzung und den Anforderungen der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht hinsichtlich der Solvabilität in vollem Umfang entsprochen.

Deckungsrückstellung

Die zum 31. Dezember 2010 ausgewiesene Deckungsrückstellung wurde nach den aufsichtsbehördlich genehmigten Geschäftsplänen für die Tarife 1985, 2002 und 2002 Zusatzversorgung, 2008 und 2008 Zusatzversorgung prospektiv für jede einzelne Versicherung berechnet.

Dabei wurden als Rechnungsgrundlagen für den Tarif 1985 die modifizierten biometrischen Grundwerte nach den „Richttafeln 1998“ von K. Heubeck mit einem Rechnungszinsfuß von 3,5 % p. a. verwendet. Für die Tarife 2002 und 2002 Z wurden die modifizierten biometrischen Grundwerte nach den „Richttafeln 1998“ von K. Heubeck mit einem Rechnungszinsfuß von 3,25 % in Ansatz gebracht. Für die Tarife 2008 und 2008 Z wurden die modifizierten biometrischen Grundwerte nach den „Richttafeln 2005 G“ von K. Heubeck mit einem Rechnungszinsfuß von 2,25 % in Ansatz gebracht.

Die Deckungsrückstellung hat sich gegenüber dem Vorjahr um € 22.333.396,00 auf € 770.478.121,00 erhöht, darin enthalten ist eine pauschale Verstärkung in Höhe von € 11.500.000,00.

Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle

Gemäß § 26 RechVersV sind hier die Rückstellungen für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle, Rückgewährbeträge und Austrittsvergütungen ausgewiesen.

Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung

Die Rückstellung hat sich im Geschäftsjahr wie folgt entwickelt:

Stand am 01.01.2010	€	11.083.670,05
Entnahme für		
• Tarif 1985 Erhöhung der Ansprüche	€	/./ 5.209.896,00
• Tarif 2002 Erhöhung der Ansprüche	€	/./ 222.678,00
• Tarif 2002 Z Erhöhung der Ansprüche	€	/./ 26.334,23
• Tarif 2002 Z Forderungsausgleich	€	/./ 238.907,19
• Tarif 2008 Erhöhung der Ansprüche	€	/./ 20.446,00
Zuführung aus dem Überschuss des Geschäftsjahres	€	77.247,06
Stand am 31.12.2010	€	5.442.655,69

Eine Festlegung auf Zuteilung laufender Überschussanteile liegt zum Bilanzstichtag nicht vor.

Sonstige Rückstellungen

Im Wesentlichen sind hier Rückstellungen für die Prüfungskosten des Jahresabschlusses 2010 enthalten.

Andere Verbindlichkeiten

Die Bewertung der Verbindlichkeiten erfolgt zum Rückzahlungsbetrag.

Sie setzen sich zusammen aus

- Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft gegenüber Versicherungsnehmern in Höhe von T€ 21 und
- Sonstige Verbindlichkeiten in Höhe von T€ 596 (im Wesentlichen öffentliche Darlehen/Mietvorauszahlungen zu den Immobilien).

Die Verbindlichkeiten gemäß a) haben eine Restlaufzeit von weniger als einem Jahr. Bei den Verbindlichkeiten gemäß b) haben T€ 225 eine Restlaufzeit von weniger als einem Jahr und T€ 346 eine Restlaufzeit von mehr als fünf Jahren.

Für die Bilanzpositionen „Andere Verbindlichkeiten“ ist für ein öffentliches Darlehen zu dem Grundstück in Adendorf ein Grundpfandrecht über T€ 429 als Sicherheit gestellt worden.

Passive Rechnungsabgrenzungsposten

Der ausgewiesene Betrag beinhaltet Baukostenzuschüsse aus Fördermitteln für Wohnbauten.

3. Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Die verdienten Beiträge in Höhe von € 13.355.107,07 (Vorjahr T€ 13.953) gliedern sich in laufende Beiträge € 12.587.068,66 (Vorjahr T€ 13.205) und Einmalbeiträge von € 768.038,41 (Vorjahr T€ 748).

Die ausgewiesenen verdienten Beiträge resultieren, wie im Vorjahr, ausschließlich aus Verträgen mit Gewinnbeteiligung.

Die Erträge aus Zuschreibungen betragen € 11.984.850,71. Hiervon werden € 84.900,75 der Versicherungstechnischen Rechnung zugeordnet und € 11.899.949,96 in der Nichtversicherungstechnischen Rechnung in der Position außerordentliche Erträge ausgewiesen.

Die Nettoverzinsung der Philips Pensionskasse für das abgelaufene Geschäftsjahr beträgt wirtschaftlich 4,74 %. Diese Verzinsung setzt sich aus einem Ergebnis der ordentlichen Geschäftstätigkeit in Höhe von 3,24 % sowie einem außerordentlichen Ergebnis von 1,50 %, als Folge der erst- und einmalig nachgeholt Zuschreibungen ehemals vorgenommener Abschreibungen, insbesondere auf Fondsanlagen, auf Grund der neuen Anforderungen des Bilanzmodernisierungsgesetzes (BilMoG), zusammen.

Bei den Gewinnen aus dem Abgang von Kapitalanlagen in Höhe von € 1.842.197,77 handelt es sich um realisierte Gewinne aus dem Verkauf von Fondsanteilen, Inhaberschuldverschreibungen und dem Verkauf einer Immobilie aus dem Direktbestand.

Im Bereich der direkt gehaltenen Immobilien wurden planmäßige Abschreibungen in Höhe von € 1.525.590,68 und außerplanmäßige Abschreibungen in Höhe von € 223.931,35 vorgenommen. Auf das Wertpapierportfolio fielen Abschreibungen in Höhe von € 861.673,90 an.

4. Sonstige Angaben

Die Verwaltungskosten für den Tarif 1985 werden mit Ausnahme der Kosten für Vermögensanlagen von den Mitglieds- und beteiligten Unternehmen getragen.

Das Gesamthonorar für die Abschlussprüfung beträgt € 37.500,00 (excl. Umsatzsteuer).

Aus zwei Beteiligungsengagements bestehen offene Einzahlungsverpflichtungen von T€ 22.101.

Im Geschäftsjahr 2010 war der Aufsichtsrat ehrenamtlich tätig. Vorschüsse und Kredite wurden weder an den Aufsichtsrat noch an den Vorstand gewährt.

5. Aufsichtsrat und Vorstand

<u>Aufsichtsrat</u>	Hans-Joachim Kamp *, Vorsitzender	(Dipl.-Kaufmann)
	Günther Weber **, stellv. Vorsitzender	(Techniker)
	Dr. Heinrich Kaiser *	(Jurist)
	Roland Kieseewetter **	(Techniker)
	Stefan Meyer **	(Techniker)
	Wolfgang Allers *	(Dipl.-Volkswirt)
<u>Vorstand:</u>	Norbert Schulte-Mattler, Vorsitzender	(Dipl.-Kaufmann)
	Gabriele Mazarin	(Dipl.-Mathematikerin)

* von den Unternehmen ernannt (Satzung der Philips Pensionskasse § 12 Nr. 2)

** durch die Vertreterversammlung gewählt (Satzung der Philips Pensionskasse § 12 Nr. 3)

Hamburg, 25. März 2011

Philips Pensionskasse (VVG)
Der Vorstand

Norbert Schulte-Mattler

Gabriele Mazarin

Bericht des Aufsichtsrates

Der Aufsichtsrat kam im Laufe des Geschäftsjahres in regelmäßigen Abständen zur Erörterung der geschäftlichen Entwicklung und der Lage der Philips Pensionskasse mit dem Vorstand zusammen. Der Vorstand hat den Aufsichtsrat umfassend unterrichtet. Auch außerhalb dieser Sitzungen stand der Vorstand Mitgliedern des Aufsichtsrates jederzeit mit Auskünften zur Verfügung.

Die zum Abschlussprüfer bestellte KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Hamburg, hat den Jahresabschluss und den Lagebericht für das Geschäftsjahr 1. Januar bis 31. Dezember 2010 geprüft und mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen. Der Aufsichtsrat hat von dem Prüfungsergebnis zustimmend Kenntnis genommen.

Dem uns vorgelegten Jahresabschluss und dem Lagebericht stimmen wir zu.

Hamburg, im März 2011

Philips Pensionskasse (VVG)
Der Aufsichtsrat

Hans-Joachim Kamp
- Vorsitzender -

Günther Weber
- stellv. Vorsitzender -

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Philips Pensionskasse (VVG), Hamburg, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2010 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung liegen in der Verantwortung des Vorstands des Vereins. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Vereins sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung auf Grund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Philips Pensionskasse (VVG). Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Vereins und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Hamburg, den 25. März 2011

KPMG AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Busch
Wirtschaftsprüfer

Klindworth
Wirtschaftsprüfer

Bewegung des Bestandes an Pensionsversicherungen (ohne sonstige Versicherungen) im Geschäftsjahr 2010

	Anwärter		Invaliden- und Altersrentner			Hinterbliebenenrenten					
	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Summe der Jahresrenten ²	Witwen	Witwer	Waisen	Summe der Jahresrenten ²		
	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	€	Anzahl	Anzahl	Anzahl	€	€	€
I. Bestand am Anfang des Geschäftsjahres	10.136	2.635	6.572	1.696	27.075.370	2.031	76	101	4.299.740	99.923	66.054
II. Zugang während des Geschäftsjahres											
1. Neuzugang an Anwärtern, Zugang an Rentnern	142	59	272	55	1.097.056	130	9	16	264.555	6.190	9.125
2. sonstiger Zugang ¹					323.678				33.621	742	1.115
3. gesamter Zugang	142	59	272	6355	1.420.728	130	9	16	4.597.916	106.855	76294
III. Abgang während des Geschäftsjahres											
1. Tod	15	3	175	37	643.657	94	4		171.840	4.187	
2. Beginn der Altersrente	247	51									
3. Berufs- oder Erwerbsunfähigkeit (Invalidität)	25	4									
4. Reaktivierung, Wiederheirat, Ablauf			1		2.449	2		6	8.805		5.498
5. Ausscheiden unter Zahlung von Rückkaufswerten, Rückgewährbeträgen und Austrittsvergütungen	10	6									
6. Ausscheiden ohne Zahlung von Rückkaufswerten, Rückgewährbeträgen und Austrittsvergütungen											
7. sonstiger Abgang	2				108.710						
8. gesamter Abgang	299	64	176	37	754.816	96	4	6	180.645	4.187	2
IV. Bestand am Ende des Geschäftsjahres	9.979	2.630	6.668	1.714	27.741.282	2.065	81	111	4.417.271	102.668	70.796
davon											
1. beitragsfreie Anwartschaften	2.897	720									
2. in Rückdeckung gegeben											

¹ Z. B. Reaktivierung, Wiederinkraftsetzung sowie Erhöhung der Rente

² Einzusetzen ist hier der Betrag, der sich als zukünftige Dauerverpflichtung (entsprechend der Deckungsrückstellung) ergibt

Entwicklung der Aktivposten im Geschäftsjahr 2010

Aktivposten	Bilanzwerte Vorjahr 31.12.2009 €	Anpassung BilMog 01.01.2010 €	Zugänge €	Abgänge €	Zuschrei- bungen €	Abschrei- bungen €	Bilanzwerte Geschäftsjahr 31.12.2010 €
A 1. Sonstige immaterielle Vermögensgegenstände	120.984,64	0,00	0,00	0,00	0,00	90.738,48	30.246,16
SUMME A	120.984,64	0,00	0,00	0,00	0,00	90.738,48	30.246,16
B I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschl. der Bauten auf fremden Grundstücken	66.342.838,66	0,00	4.004.710,54	636.033,25	0,00	1.749.522,03	67.961.993,92
SUMME B I.	66.342.838,66	0,00	4.004.710,54	636.033,25	0,00	1.749.522,03	67.961.993,92
B II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen Beteiligungen	7.418.470,31	0,00	10.670.082,00	189.170,39	0,00	0,00	17.899.381,92
SUMME B II.	7.418.470,31	0,00	10.670.082,00	189.170,39	0,00	0,00	17.899.381,92
B III. Sonstige Kapitalanlagen							
1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	463.109.122,10	11.030.602,09	71.231.305,07	53.737.909,28	0,00	861.673,90	490.771.446,08
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	76.390.538,37	869.347,87	7.244.300,00	14.894.896,99	84.900,75	0,00	69.694.190,00
3. Sonstige Ausleihungen							
a) Namensschuldverschreibungen	64.958.200,00	0,00	0,00	14.500.000,00	0,00	0,00	50.458.200,00
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	107.500.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	107.500.000,00
4. Einlagen bei Kreditinstituten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5. Andere Kapitalanlagen	1.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1.000,00
SUMME B III.	711.958.860,47	11.899.949,96	78.475.605,07	83.132.806,27	84.900,75	861.673,90	718.424.836,08
I N S G E S A M T	785.841.154,08	11.899.949,96	93.150.397,61	83.958.009,91	84.900,75	2.701.934,41	804.316.458,08